

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- Planungs- und Verkehrsausschusses

am Dienstag, dem 09.03.2004

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 20.01.2004
- 3 05 - 13 1582/2004 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 24/1 - Willibrordstraße -
hier: 1) Aufstellungsbeschluss
2) Beschluss zur Bürger- und Trägerbeteiligung
- 4 05 - 13 1583/2004 Neugestaltung Innenstadt Emmerich am Rhein;
hier: 1) Musterfläche/Möblierung/Ausführungsplanung
- 5 61 - 13 1580/2004 Modellfläche Rheinpromenade - Entwurfsplanung;
hier: Ausführung des Beschlusses des Bau-, Planungs- und
Verkehrsausschusses vom 16.10.2003
- 6 06 - 13 1578/2004 Bahnübergangs-Beseitigungskonzept
- 7 06 - 13 1579/2004 Forderungskatalog bezügl. Bahnhof Emmerich am Rhein und
Bahnhofsumfeldgestaltung
- 8 05 - 13 1569/2004 51. Änderung des Flächennutzungsplanes betreffend Darstellung einer
Friedhofsfläche im Ortsteil Hüthum;
hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage
2) Feststellungsbeschluss
- 9 05 - 13 1575/2004 Bebauungsplanverfahren Nr. H 14/6 - Weidenstraße -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten 2. Offenlage
2. Städtebaulicher Vertrag
3. Satzungsbeschluss
- 10 05 - 13 1581/2004 Bebauungsplanverfahren Nr. EL 16/1 -Kosterstraße-;
hier: 1) Aufstellungsbeschluss
2) Beschluss zur Bürgerbeteiligung
- 11 06 - 13 1577/2004 Neubau eines Carports;
hier: Eingabe an den Rat von Herrn Heinz Daams
- 11a) Ausbau 's-Heerenberger Straße;
hier: Bepflanzung am Kreisverkehr und Fällung der Bäume

12 Mitteilungen und Anfragen

13 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind: Diks, Johannes
als Vorsitzender

Die Mitglieder: Arntzen, Heinz (für Mitglied Faulseit)
Bluhm, Lothar (für Mitglied Brouwer)
Bongers, Karl-Heinz (für Mitglied Niemann)
Brink ten, Johannes
Gertsen, Gerhard (für Mitglied Jansen)
Hinze, Peter (bis 18:50)
Janssen, Hans-Willi
Jessner, Udo
Kremer, Helmut (für Mitglied Hinze ab 18:50 Uhr)
Kulka, Irmgard (für Mitglied Hövelmann)
Sickelmann, Ute
Struckhof, Dieter
Tepaß, Udo
Wernicke, Hans-Jörgen

Von der Verwaltung: Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs
Herr Fidler
Herr Kemkes
Herr Runge
Herr Stangert
Frau Ohm (Schriftführerin)

Als Gäste: Herr Brücker (Vertreter des Altenheimes, TOP 3)
Herr Reining (Vertreter des Altenheimes, TOP 3)
Herr Wrede (Architekt, TOP 3)
Herr Meyer-Brandis (Planungsbüro MWM, TOP 4)
Herr Killemann (Büro bau-art, TOP 5)
Herr Alzweig (Landschaftsarchitekt, TOP 5)

Vor Sitzungsbeginn fand um 15.30 Uhr zum TOP 5 eine Besichtigung am Türmchen neben der Martinikirche statt.

Anschließend fand um 16.15 Uhr zum TOP 4 eine Besichtigung in der Kaßstraße an der Musterfläche Aldegundiskirche statt.

Vorsitzender Diks eröffnet die öffentliche Sitzung um 17.00 und begrüßt die Anwesenden, insbesondere die zahlreich erschienenen Einwohner, die Fachplaner und die Presse.

Mitglied Jessner bittet darum, die Tagesordnung um den Punkt "Bepflanzung am Kreisverkehr sowie Fällung der Bäume an der 's-Heerenberger Straße", zu erweitern. Dieses Thema wird unter TOP 11 a aufgenommen.

Mitglied Sickelmann führt aus, dass unter TOP 10 ein sehr wichtiger Punkt behandelt werden soll. Angesicht der umfangreichen Tagesordnung stellt sie den Antrag, diesen TOP abzusetzen, um zunächst mit den Bürgern über die Planung zu sprechen.
Vorsitzender Diks schlägt vor, diesen TOP zu beraten. Es soll nur ein Aufstellungsbeschluss und die Bürgerbeteiligung beschlossen werden. Im Rahmen des Verfahrens wird es Möglichkeiten geben, Bedenken, Anregungen und Änderungswünsche vorzubringen. Dem stimmt Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs zu.

Mitglied Sickelmann gibt zu bedenken, dass durch die umfangreiche Tagesordnung dieser Punkt nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt wird. Sie wird sich zum TOP 10 äußern und einen Vertagungsantrag stellen.

Mitglied Jessner ist überrascht, weil er ebenfalls der Meinung war, dass dieser TOP abgesetzt wird. Er wird zu diesem TOP deutlich machen, dass mit der Frage, ob ein Aufstellungsbeschluss gefasst wird, keine Entscheidung über die Bebauung getroffen werden soll.

Mitglied Wernicke hat durchaus Verständnis für die Argumentation von Mitglied Sickelmann und legt Wert darauf, dass das für Elten wichtige Projekt eingehend behandelt wird. Er behält sich vor, ggf. einen Vertagungsantrag zu stellen.

Vorsitzender Diks weist darauf hin, dass in den nächsten Wochen zwei Sondersitzungen stattfinden werden und zwar am 23.03.2004 und die zweite für den 01.04.2004 vorgesehen sind. Da einige Ausschussmitglieder verhindert sind, geht Vorsitzender Diks davon aus, dass die zweite Sitzung Anfang April stattfinden wird. Sollte der TOP 10 nicht mehr ausführlich behandelt werden können, kann er in einer der o. g. Sitzungen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

I. **Öffentlich**

1 **Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

2 **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 20.01.2004**

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3 **05 - 13 1582/2004 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 24/1 - Willibrordstraße - hier: 1) Aufstellungsbeschluss 2) Beschluss zur Bürger - und Trägerbeteiligung**

Herr Kemkes berichtet, dass es sich um einen Antrag zum Bau eines Altenheimes im Bereich der Grünfläche auf dem Gelände des Krankenhauses handelt. Hierzu ist es notwendig, den dort bestehenden rechtskräftigen Bebauungsplan zu ändern. Herr Kemkes weist auf das Tischmodell hin.

Herr Wrede (Architekt) stellt die geplante Anlage vor. Das geplante Gebäude wird die Lücke an der Burgstraße und in Verlängerung Willibrordstraße schließen. Das Pflegeheim an dieser Stelle bietet eine enge Anbindung an das Krankenhaus. Das Gebäude soll 4 Geschosse erhalten. In den Geschossen 1 bis 3 werden je 24 Pflegeplätze errichtet.

Im Erdgeschoss wird die Verwaltung sowie öffentliche Dienstleitungen, wie Massagepraxis, Friseur, Arzt, Kiosk u.a. Einrichtungen untergebracht werden. Insgesamt soll das Gebäude hell und freundlich gestaltet werden.

Mitglied Sickelmann weist darauf hin, dass es im Innenstadtbereich Probleme mit der Nutzung gibt und fragt an, ob die Verwaltung und die Dienstleistungseinheiten nicht in der Lilienstraße untergebracht werden könnten. Das leerstehende Lidl-Geschäft würde sich hier anbieten.

Herr Reininger weist darauf hin, dass es sich bei den Bewohnern des Seniorenheimes um

krank und in der Bewegung eingeschränkte Personen handelt, die nicht in der Lage sind, weite Wege zu gehen.

Mitglied Sickelmann führt aus, dass ihre Frage sich auf die Unterbringung der Verwaltung bezog.

Herr Reining führt aus, dass es nur 2 Büros geben wird.

Herr Wrede ergänzt die Aussage dahin gehend, dass die restlichen Räume der Versorgung dienen.

Mitglied Jessner findet den Vorschlag, die Lücke zu schließen und das Krankenhausgelände abzugrenzen interessant. Er möchte wissen, ob durch die Bebauung noch ausreichend Freiflächen für das Krankenhaus übrig bleiben.

Herr Wrede erwidert, dass diese Fläche zur Zeit brachliegt und als Notlandeplatz für Hubschrauber genutzt wird. Im Zuge der Maßnahme werden an der Burgstraße Parkplätze errichtet werden. Die Grünfläche zum PAN hin bleibt bestehen.

Vorsitzender Diks möchte wissen, wieviel Stellplätze nachzuweisen sind. Weiter fragt er an, ob der Ausgleich auf dem vorhandenen Spielplatz vorgenommen werden soll

Herr Wrede müsste diese Möglichkeit untersuchen und ist der Meinung, dass sowohl Längsparken als auch der Spielplatz erhalten werden könnte.

Vorsitzender Diks wirft ein, dass durch Versetzen des Gebäudes um 4 m nach Süden mindestens 15 Parkplätze an der Burgstraße entstehen könnten.

Herr Wrede erwidert, dass das Gebäude nicht zu sehr an das Krankenhaus verschoben werden sollte, denn in dem Bereich befindet sich die zentrale Anlieferung für das Krankenhaus und es müssen gewisse Radien für Krankentransporte berücksichtigt werden.

Mitglied Struckhof sieht nicht ein, dass der Spielplatz für Parkplätze weichen soll. Weiter möchte er wissen, wo künftig die Hubschrauber landen sollen.

Herr Brücker teilt mit, dass z. Zt. Gespräche über den Standort geführt werden.

Mitglied ten Brink ist der Meinung, dass Parkplätze an der Burgstraße rechtwinklig angeordnet werden könnten. Er stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Mitglied Wernicke ist der Meinung, dass das geplante Gebäude auf dem Flurstück 200 einen Eingriff in die Natur darstellt. Seiner Meinung nach, hat der Architekt bei seinem Vortrag die Pflanzung zugunsten von Parkplätzen aufgegeben. Er möchte wissen, wie der Ausgleich vorgenommen werden soll.

Herr Wrede führt aus, dass durch ein Verschieben des Baukörper beides realisiert werden könnte.

Herr Kemkes teilt mit, dass das Änderungsverfahren am Anfang steht. Die Eingriffsbewertung muss vorgenommen werden. Die Verwaltung wird diese Frage als Prüfauftrag aufnehmen und in der weiteren Detailplanung möglichst viele Stellplätze und Bäume in der Burgstraße unterzubringen.

Mitglied Struckhof weist darauf hin, dass die eingezeichneten Bäume in der Wallstraße gepflanzt werden sollen.

Mitglied Sickelmann sagt aus, dass sich ihre Zustimmung auf den vorliegenden Entwurf bezieht. Sollte das chronische Parkplatzproblem auf Kosten der Qualität der Architektur an der Burgstraße gelöst werden, ist sie damit nicht einverstanden.

Herr Kemkes nimmt diese Frage als Prüfauftrag mit. Es soll zunächst ein Aufstellungsbeschluss und der Beschluss zur Bürgerbeteiligung beschlossen werden. Auf der Grundlage der Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung und des Beratungsergebnisses aus der Sitzung wird ein Bebauungsplanänderungsentwurf gefertigt.

Mitglied ten Brink stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Mitglied Arntzen nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Zu 1)

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, den Bebauungsplan Nr. E 24/1 - Willibrordstraße -gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. Abs. 4 BauGB dahin gehend zu ändern, dass

- a) die Zweckbestimmung der Fläche für den Gemeinbedarf von „Krankenhaus - Rehabilitationspark“ in „Altenpflegeheim“ geändert sowie
- b) entsprechend dem geplanten Baukörper zur Errichtung eines Altenpflegeheims eine überbaubare Fläche mit maximal IV Vollgeschossen festgesetzt wird.

Zu 2)

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB entsprechend Punkt 3.2 (besondere Bürgerbeteiligung) der städtischen Richtlinien zur Bürgerbeteiligung durchzuführen sowie die Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

4 05 - 13 1583/2004 Neugestaltung Innenstadt Emmerich am Rhein ; hier: 1) Musterfläche/Möblierung/Ausführungsplanung

Herr Kemkes teilt mit, dass in der Vorlage als Beratungsfolge der Rat steht. Aus dem Inhalt des Vorlagentextes geht hervor, dass die Beschlussfassung zunächst vom Bauausschuss beschlossen werden soll. Erst bei der Ausführungsplanung soll vom Bauausschuss und Rat der Ausbau freigegeben werden.

Weiter verweist Herr Kemkes auf die Bereisung und die Musterfläche in der Kaßstraße. In der Beratung hat man sich zur Variante 2 entschlossen. Für die Bänderung wurde ein raues Material im gleichen Farbton gewählt. Es wurde gewünscht, diese Bänderung etwas kontrastreicher auszubilden. Statt dessen wurde ein Betonstein ausgewählt, der die Randeinfassungen und die Bänderung deutlicher hervorhebt. Er ist der Meinung, dass die vorgestellte Musterfläche die Grundlage für die zu vertiefende Ausführungsplanung sein soll. Für die Bänderung des Neumarktes könnten die Steine noch weiter angeschliffen werden, um den Kontrast zu der rauen Rasterung des Neumarktes zu erhöhen. Dies wurde positiv aufgenommen. Die Verwaltung hält den geschliffenen Stein für unbedenklich, weil es sich nur um eine schmale Bänderung handelt. Er bittet darum, die Freigabe für die weitere Ausführungsplanung zu erteilen.

Vorsitzender Diks führt aus, dass die Besichtigung vor Ort und die Bemusterung eine breite Zustimmung erfahren hat. Er würde es begrüßen, wenn das blaue Band in Abständen von unten angestrahlt wird.

Darauf erwidert Herr Kemkes, um das blaue Band etwas aufzulockern, kann an den Einmündungs- oder Platzbereichen das blaue Band dergestalt aufgelöst werden, dass nur einzelne Fliesen gelegt werden, oder aber durch kleine Spots im Boden die Leitlinie aufgelöst wird. Diese Details werden in der Ausführungsplanung eingebracht und zur Begutachtung vorgelegt werden.

Mitglied Sickelmann erklärt, dass sie dem Ausbauvorschlag des Neumarktes zustimmt. Die Kaßstraße soll die Maßnahme aus haushaltstechnischen Gründen zurückgestellt werden. Festzustellen ist, dass bei den verschiedenen Umgestaltungen der Innenstadt sehr viele verschiedene Materialien verwendet werden. Sie fragt an, ob das Natursteinpflaster aus der Steinstraße nicht woanders verwendet werden könnte. Weiter fragt sie an, wie wartungs- und pflegeintensiv die Lichtstele "Matmo" ist.

Herr Meyer-Brandis erwidert, dass der glatte Charakter in den gut abgestuften Grautönen in der Kaßstraße erhalten bleiben soll. Für die Straßenkreuzungen, Platzaufweitungen könnte geprüft werden, ob die Natursteine in einem gewissen Umfang verwendet werden könnten. Zur Stele "Matmo" sagt er aus, dass sie bereits am Nonnenplatz eingesetzt und positiv beurteilt wurde.

Mitglied Sickelmann möchte nochmals anregen, die Natursteine einzusetzen. Ansonsten enthält sie sich der Stimme.

Herr Kemkes schließt sich der Meinung von Herrn Meyer-Brandis. Vom Grundsatz her spricht nichts dagegen, für bestimmte Bereiche unterschiedliche Materialien zu verwenden. Für die Kaßstraße sollen glatte und raue Materialien, abgetrennt durch das blaue Band, verwendet werden, welche Ruhe hereinbringen sollen.

Mitglied Janssen wirft ein, dass die Materialien eine Stärke von 8 cm haben sollen. Bei dieser Stärke bleibt die vorhandene Tragschicht erhalten. Sollten neue Leitungen verlegt werden, wird das Tragplanum aufgerissen. Das hat zur Folge, dass Setzungen entstehen. Daher müssen die Leitungen vorher verlegt werden.

Herr Kemkes berichtet, dass der vorhandene Unterbau weitgehend erhalten bleibt und darauf das Pflaster verlegt wird.

Mitglied Struckhof spricht sich dagegen aus, die Kaßstraße neu zu gestalten. Aus diesem Grund lehnt er diesen Teil ab.

Mitglied Hinze führt aus, dass die besichtigte Musterfläche seiner Vorstellung entspricht. Er stellt den Antrag nach Vorlage mit den bei der Besichtigung geäußerten Änderungen zu beschließen.

Mitglied Kulka schließt sich dem Beitrag von Mitglied Sickelmann an und wünscht ebenfalls, dass die Natursteine mit einbezogen werden.

Herr Kemkes führt aus, dass wertvolle Materialien entweder weiter verarbeitet oder verkauft werden. Er rät davon ab, diese Steine in das neue Konzept einzubeziehen.

Mitglied ten Brink spricht sich ebenfalls für die Variante 2 aus und stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Mitglied Jessner weist darauf hin, dass das Gestaltungskonzept Ergebnis einer langen Diskussion ist. Der Einsatz von Natursteinen wurde vor längerer Zeit fallengelassen, es sei denn, dass noch ein Effekt erzielt werden könnte. Daher sollte das Konzept konsequent umgesetzt werden.

Auf entsprechende Anfrage, ob der grau/gelbe Stein nicht mehr aktuell ist, antwortet Herr Kemkes, dass der besichtigte Stein als grau/gelb bezeichnet wird. Es handelt sich um einen Betonstein mit einem Vorsatz, welcher Natursteinsplittanteile enthält, die in den Farbtönen gelblich/terrakotta schimmern.

Weiter fragt Mitglied Wernicke an, ob von dem geschliffenen Stein keine Rutschgefahr ausgeht. Ihm erscheint die Ausführung der Verwaltung leichtfertig und gibt zur Niederschrift, dass er hierzu Bedenken geäußert hat.

Herr Kemkes erwidert, dass der geschliffene Stein nur in einer Breite von 15 cm verlegt werden soll und daher vertretbar ist. Er erklärt sich bereit, mit dem Hersteller über eine Lösung zu sprechen.

Mitglied Sickelmann stellt klar, dass sie nicht die Steine der Kaßstraße meinte, sondern die Naturpflasterstein der Steinstraße gemeint hat. Sie ist der Meinung, dass diese Natursteine in den Übergängen verwendet werden könnten. Sie vermisst die Darstellung der Übergänge.

Vorsitzender Diks führt aus, dass diese Anregung aufgenommen wird.

Die Mitglieder Hinze und ten Brink stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss stimmt dem überarbeiteten Entwurf zur Musterfläche Innenstadt inklusive Möblierungselementen zu und beschließt, auf dieser Grundlage die Ausführungsplanung durchzuführen.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

5 61 - 13 1580/2004 Modellfläche Rheinpromenade - Entwurfsplanung ; hier: Ausführung des Beschlusses des Bau -, Planungs- und Verkehrsausschusses vom 16.10.2003

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs bezieht sich auf die Sitzung vom 16.10.03, in der die Entwurfsplanung vorgestellt und beschlossen wurde. Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, das dargestellte Konzept im Rahmen einer Modellfläche vorzustellen. Davon konnten sich die Mitglieder im Ortstermin vor der Sitzung überzeugen.

Herr Altzweig stellt die besichtigte Bemusterung im Plan vor. Er berichtet, dass das Stromland mit der eigentlichen Gestaltung der Musterfläche nichts zu tun hat. Die Musterfläche bezieht sich schwerpunktmäßig auf die Gastronomiezone. Die Grundfläche, auch Fond genannt, bildet der Betonpflasterstein 10/30/10. Dieser Stein wurde vorgeschlagen, um der Vielgestaltigkeit der Rheinpromenade keine Konkurrenz zu liefern. Die Ausstanzungen in Form von Stahlrahmen und verschiedenartigen Füllungen markieren Orte für Aufenthalte, Kunst oder Bäume. Diese Felder von 2,40 m x 2,40 m verdichten sich zum Krantor zu der Stadtplatte. Weiter teilt er mit, dass angedacht ist, die Modellfläche zu erweitern, um Materialien für den Wohnbereich vorzustellen. Hier sind Betonplatten von 0,30 m x 0,30 m als strenges Muster vorgesehen. Diese Fläche wird mit Hollandklinker im Bereich der Kanaldeckel, Fahrradständer oder Rampen zu den Häusern ergänzt werden. Zur Grundbeleuchtung wurde eine Reflektorleuchte vorgeschlagen. Darüber hinaus könnten begleitende Strahler angebracht werden.

Anschließend stellt er die Möblierung vor, wobei die Anordnung der Bänke sich nach verschiedenen Themen orientieren wird.

Vorsitzender Diks macht deutlich, dass es nicht darum geht, detaillierte Auswahl zu treffen, sondern die Konzeption und die Themenbereiche zu beschließen.

Mitglied Kulka erkundigt sich nach der Begründung in der Gastronomiezone.

Herr Altzweig erwidert, dass dort Platanen und säulenförmige Bäume vorgesehen sind.

Mitglied Hinze möchte wissen, ob der graue Fondstein auch in der Gastronomiezone verlegt wird.

Darauf erwidert Herr Altzweig, dass dieser Stein als durchgängiger Belag in der Gastronomiezone von der Häuserzeile bis zum Hochwasserschutz und im Wohnbereich in der oberen Ebene auf dem Promenadenweg vorgesehen ist.

Mitglied Struckhof ist der Meinung, dass auf der Promenade nur Platanen gepflanzt werden sollen. Nun ist die Rede auch von säulenförmigen Bäumen. Weiter fragt er nach dem Leuchtband. Er ist der Meinung, dass der einzusetzende Stahlrahmen in den Ausstanzungen rostet und fragt an, ob dies sein muss. Die Bänke findet er nicht sitzgerecht, da sie ohne Rückenlehne sein sollen.

Herr Stangert führt aus, dass das Thema Bäume hinreichend mit den betroffenen Bürgern erörtert worden. Dies ist daraus entstanden, dass die sture Anordnung der beschnittenen Bäume in einzelne Flächen aufgelöst und vorne die säulenförmige Bäume in Abständen angeordnet werden, damit sie die Beeinträchtigungen reduzieren; außerdem erfüllen sie den ökologischen Ausgleich.

Auf der Promenade sollen verschiedene Arten von Bänken aufgestellt werden, um eine Auflockerung zu erreichen. Daher wird es Bänke sowohl für Jüngere als auch für ältere Bürger geben. Die endgültige Entscheidung wird im Rat getroffen.

Herr Altzweig teilt ergänzend mit, dass die Platanen in Gruppen angeordnet werden und die säulenförmige Bäume die Durchgängigkeit im Wohnbereich anzeigen sollen. Dies ist in der Gastronomiezone wegen fehlender Tiefe nicht möglich. Die Stahlrahmen werden entweder verzinkt oder lackiert werden, um eine Haltbarkeit zu erzielen. Ein durchgehendes Lichtband war nicht vorgesehen, es war lediglich angedacht, am Krantor eine Markierung an der Kragplatte als Lichtband anzubringen. Weitere Lichtplanungen stehen noch aus.

Herr Stangert ergänzt die Aussage dahin gehend, dass über eine durchlaufende Beleuchtung am Geländer gesprochen wurde.

Mitglied Sickelmann sagt aus, dass die Fördermittel für 2004 noch nicht geflossen sind. Sie möchte wissen, ob die Vorstellung des Konzeptes etwas mit den Ausschreibungen zu tun hat.

Weiter ist sie der Meinung, dass es sich um ein strenges Konzept handelt. Sie bezweifelt, dass das Konzept von den Bürgern angenommen wird. Sie stellt fest, dass verschiedene Materialien, wie Stahl, Hollandklinker und Beton, eingesetzt werden sollen und möchte wissen, wie die Übergänge geschaffen werden. Ihr Wunsch ist es, diesen TOP in einer separaten Sitzung erneut zu behandeln. Die grundsätzliche Kritik gilt der stark versiegelten Rheinpromenade und den zu wenigen Grünflächen.

Mitglied Jessner sagt aus, dass sich der Ausschuss für dieses Konzept entschieden hat. Er spricht sich für das vorgestellte Konzept aus und fragt nach dem Zeitplan.

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs erwidert, dass der Zeitplan von der Deichschau, die den Hochwasserschutz baut, mit bestimmt wird. Auf der Grundlage des vorgestellten Konzeptes und der angesprochenen Details soll im nächsten Schritt die Auswahl der Steine und die Möblierung vorgenommen werden.

Vorsitzender Diks geht davon aus, dass zur Auswahl der Steine noch Alternativen vorgestellt werden.

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs weist darauf hin, dass die Alternativen auch konkret vorgestellt werden.

Mitglied ten Brink ist ebenfalls der Meinung, dass für den Gastronomiebereich andere Steine, z. B. geschliffene Steine, genommen werden könnten. Er möchte wissen, welche Steine im Gastronomiebereich und Wohnbereich vorgesehen ist.

Darauf führt Herr Altzweig aus, dass im Gastronomiebereich von der Häuserzeile bis zum Hochwasserschutz der graue Stein vorgesehen ist. Im Wohnbereich an den Häusern sind Betonplatten und Hollandklinker, welcher hochkant verlegt werden, vorgesehen.

Mitglied Sickelmann stellt fest, dass die Belagkonzept von der Möblierung nicht zu trennen ist und bittet darum, eine gesonderte Sitzung zu diesem Thema anzusetzen.

Vorsitzender Diks hält fest, dass kein Beschluss zu fassen ist. Es soll eine detaillierte Planung erarbeitet und in einer separaten Sitzung erneut beraten werden.

Mitglied Hinze verlässt die Sitzung um 18.45 Uhr. Herr Kremer als sein Vertreter nimmt an den weiteren Beratungen teil.

Pause von 18.45 Uhr bis 19.50 Uhr.

Ein Beschluss über die Ausführungsplanung des Gesamtmodells erfolgt durch den Rat

6 06 - 13 1578/2004 Bahnübergangs-Beseitigungskonzept

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs berichtet, dass der Beschlussvorschlag auf dem Ergebnis der Beratung der Arbeitsgruppe Betuwe basiert. In der Sondersitzung am 23.03.2004 wird das Thema "Beseitigung Bahnübergang Am Löwentor" behandelt. In den beiden Tagesordnungspunkten geht es darum, eine grundsätzliche Linie zu finden. Mitglied ten Brink als Vertreter der Arbeitsgruppe berichtet, dass man gemeinschaftlich zu einem Ergebnis gekommen ist und der Verwaltung für das weitere Vorgehen ein aussagekräftiges Papier an die Hand gegeben hat. Es wurde für alle Ortsteile die bestmögliche Lösungsmöglichkeit gesucht. Es können nicht alle Bahnübergänge gleichzeitig aufgehoben werden, wobei auch andere Träger eingebunden werden müssen (Bund, Land, Bahn). Aus seiner Sicht müssen die Bahnübergänge in den Ortsteilen Vrasselt und Praest vorrangig angegangen werden. Im nächsten Schritt müssten die erforderlichen Grundstücke planungsrechtlich sicher gestellt werden. Die Planungen der Bahnübergänge in Hüthum und Elten könnten in Angriff genommen werden, da die Stadt finanziell nicht betroffen ist. Hierzu kann die Stadt eine Lösungsmöglichkeit anbieten.

Vorsitzender Diks führt aus, dass es nicht um konkrete Angaben geht, welche Häuser oder welche Grundstücke für eine neue Trassenführung benötigt werden.

Mitglied Struckhof bedankt sich bei der Arbeitsgruppe für die sehr gute Arbeit. Er möchte anregen, die B 8 zwischen Hüthum und Elten links neben die Bahn zu verlegen. Seine Fraktion unterstützt das Konzept.

Mitglied Wernicke zeigt sich erfreut über das Lob an die Arbeitsgruppe und weist darauf hin, dass ein Großteil des Konzeptes auf der Vorarbeit von Mitglied ten Brink beruht. Er zeigt sich zufrieden mit der Vorlage der Verwaltung. Er möchte deutlich zum Ausdruck bringen, dass die Bahnübergänge erst dann geschlossen werden sollen, wenn die entsprechenden Maßnahmen durchgeführt werden. Des Weiteren weist er darauf hin, dass Bahnübergänge erst dann geschlossen werden können, wenn es mit der Bahn eine Übereinstimmung der kompletten Maßnahme gibt. Weiter merkt er an, dass infolge des Stromunfalls auf der Strecke zwischen Emmerich und Elten die Arbeiten an der Strecke noch 8 bis 12 Monate dauern werden und der Bahnübergang Sonderwykstraße bereits für die Dauer der Arbeiten geschlossen worden ist. Er zeigt sich unzufrieden darüber, dass die Verwaltung dem Wunsch der Bahn zugestimmt hat, diesen Bahnübergang zu schließen. Er fordert die Verwaltung auf, mit der Bahn darüber zu verhandeln, dass dieser Bahnübergang nicht 12 Monate gesperrt bleibt.

Ansonsten ist er mit dem vorgelegten Ergebnis zufrieden und schließt sich dem Antrag an. Herr Kemkes weist darauf hin, dass es sich um eine Ausnahmesituation handelt. In einem langen Gespräch mit der Bahn hat diese ihre enorme Belastung, auch finanzieller Art, geschildert. Die Bahn wollte den Bahnübergang Lobither Straße und auch B 8 sperren. Seitens der Verwaltung wurde dargelegt, dass durch die überörtlichen Verkehrsverbindungen B 8 und Lobither Straße die Bahnübergänge nicht geschlossen werden können. Als Zugeständnis wurde der Schließung des Bahnüberganges an der Sonderwykstraße zugestimmt.

Auf Anfrage von Mitglied Wernicke, ob der Ortsvorsteher von Elten an den Gesprächen beteiligt wurde, verneinte Herr Kemkes die Frage, fügt aber hinzu, dass mit dem Ortsvorsteher telefoniert wurde und er im Kern keinen Widerspruch erhoben hat.

Mitglied Sickelmann berichtet, dass ihre Fraktion sich schwer getan hat, verschiedene Positionen aufzugeben (z. B. versenkbare Trasse). Sie geht davon aus, dass alles getan wird, den Flächenverbrauch möglichst gering zu halten. Ihre Fraktion hat die Schonung der Flächen zugunsten der Wohnqualität zurück gestellt. Daher stimmt sie der Lösung an der Felix-Lensing-Straße zu, weil dies eine Entlastung für Hüthum sein wird. Das gilt auch für die Umfahrung von Elten. Ihre Fraktion stimmt dem Beschluss zu.

Herr Kemkes weist darauf hin, dass ursprünglich geplant war, eine Sondersitzung des Rates nach der HFA-Sitzung am 16.03.04 abzuhalten, um den Beschluss vor dem Ministertermin zu bekommen. In der Arbeitsgruppe wurde sich darauf verständigt, dass es ausreichen müsste, mit einem Beschluss des HFA am 16.03.2004 in den Termin zu gehen.

Der Rat beschließt entsprechend dem Beratungsergebnis in der Arbeitsgruppe Betuwe, das vorgelegte Beseitigungskonzept (auf der Grundlage $V_{max}=200$ km/h) für die Bahnübergänge im Bereich der Stadt Emmerich am Rhein zu beschließen. Eine Beseitigung der höhen-gleichen Bahnübergänge soll nur auf der Grundlage des Gesamtkonzeptes vorgenommen werden und zu einer entsprechenden Vereinbarung mit der DB-AG führen.

Der Rat beschließt weiter, nur dann Verhandlungen der Verwaltung mit der DB-AG über den ersatzlosen Wegfall der Bahnübergänge Jahnstraße und Haagsche Straße zuzustimmen, wenn vorher die Deutsche Bahn AG (z. B. im Wege einer Rahmenvereinbarung) das Beseitigungskonzept in allen Teilen akzeptiert hat

Der Rat, beschließt entsprechend dem Beratungsergebnis in der Arbeitsgruppe Betuwe, das vorgelegte Beseitigungskonzept (auf der Grundlage $V_{max}= 200$ km/h) für die Bahnübergänge im Bereich der Stadt Emmerich am Rhein zu beschließen. Eine Beseitigung der höhengleichen Bahnübergänge soll nur auf der Grundlage des Gesamtkonzeptes vorgenommen werden und zu einer entsprechenden Vereinbarung mit der DB-AG führen.

Der Rat beschließt weiter, nur dann Verhandlungen der Verwaltung mit der DB-AG über den ersatzlosen Wegfall der Bahnübergänge Jahnstraße und Haagsche Straße zuzustimmen, wenn vorher die Deutsche Bahn AG (z.B. im Wege einer Rahmenvereinbarung) das Beseitigungskonzept in allen Teilen akzeptiert hat

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

7 06 - 13 1579/2004 Forderungskatalog bezügl . Bahnhof Emmerich am Rhein und Bahnhofsumfeldgestaltung

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs teilt mit, dass die Gemeinden Kevelaer und Goch gemeinsam an einem Programm "Bahnhöfe und Umfeld" arbeiten. Die Stadt Emmerich unterstützt dieses Programm schon seit einigen Jahren und auch Mittel zur Verfügung gestellt hatte.

Mitglied Sickelmann stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt., dass der Forderungskatalog, wie formuliert, an die Verkehrsminister des Bundes und des Landes sowie an die DB-AG und den NVN übergeben wird.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 8 05 - 13 1569/2004 **51. Änderung des Flächennutzungsplanes betreffend Darstellung einer Friedhofsfläche im Ortsteil Hüthum ; hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage
2) Feststellungsbeschluss**

Mehrere Mitglieder stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

Der Rat nimmt den Bericht über die durchgeführte Offenlage zur Kenntnis.

Zu 2)

Der Rat beschließt den Entwurf der 51. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Erläuterungsbericht gemäß § 2 Abs. 1 i.V. mit Abs. 4 BauGB als 51. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Emmerich am Rhein. Die Darstellungen des Flächennutzungsplanes werden hierdurch in der Weise abgeändert, dass Wohnbauflächendarstellung für den Bereich der Grundstücke Gemarkung Hüthum, Flur 14, Flurstücke 242 und 243 in Grünfläche der Zweckbestimmung „Friedhof“ umgewandelt wird, um den Friedhof im Ortsteil Hüthum nach Westen bis zur Oberen Laak zu erweitern.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 9 05 - 13 1575/2004 **Bebauungsplanverfahren Nr . H 14/6 - Weidenstraße -; hier: 1. Bericht zur durchgeführten 2. Offenlage
2. Städtebaulicher Vertrag
3. Satzungsbeschluss**

Mitglied Struckhof teilt mit, dass in dem Bebauungsplan eine Baulinie vorgezogen wird und das Gebäude weit in die Fluchtlinie hinein ragt

Vorsitzender Diks weist darauf hin, dass es sich um ein bestehendes Gebäude handelt.

Mitglied Wernicke teilt mit, dass an der Rückseite des Eltener Friedhofes die Anpflanzung sehr dünn ist und regt an, notwendige Ausgleichspflanzung dort vorzunehmen.

Mehrere Mitglieder stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

- a) Der Rat beschließt den Bebauungsplanentwurf Nr. H 14/6 nach Durchführung der 2. öffentlichen Auslegung im Wege des vereinfachten Verfahrens gemäß § 13 BauGB dahin gehend abzuändern, dass

- 1) im gesamten Bebauungsplanbereich die II-geschossige Bauweise reduziert wird auf eine I-geschossige Bauweise mit einer Ausnahmeregelung durch die nachfolgende textliche Festsetzung:

„6 Geschossigkeit

- 6.1 Gemäß § 16 Abs. 6 BauNVO i. V. m. § 31 BauGB wird festgesetzt, dass von der Zahl der Vollgeschosse Ausnahmen bis zu 1 Vollgeschoss zugelassen werden können, wenn es sich bei der Überschreitung um ein Geschoss mit geneigten Dachflächen handelt.“;

- 2) für den nordöstlichen WA-Bereich des Bebauungsplangebietes betreffend Flurstücke Gemarkung Hüthum, Flur 14, Nrn. 23, 281, 282 und 667 tlw. eine Einzel- und Doppelhausbauweise festgesetzt wird;
- 3) zu dem in der textlichen Festsetzung Nr. 4.1 begründeten Ausschluss von Garagen auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen eine Ausnahmeregelung für die nordöstliche Teilfläche des Grundstückes Gemarkung Hüthum, Flur 14, Flurstück 667 für solche Garagen und Stellplätze getroffen wird, die für den Stellplatznachweis der dortigen Wohnhäuser erforderlich sind.
- b) Der Rat beschließt, dass die Anregung betreffend Verlegung des Anbindungspunktes der Planstraße an die Weidenstraße mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.
- c) Der Rat beschließt, dass die Anregung betreffend Anlage eines Gehweges an der Westseite der Weidenstraße mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.
- d) Der Rat beschließt, dass die Anregung betreffend Festsetzung von Garagenflächen für die bestehende Reihenhausbebauung an der Weidenstraße mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.
- e) **Der Rat beschließt, den Bebauungsplanentwurf nach Durchführung der 2. öffentlichen Auslegung im Wege des vereinfachten Verfahrens gemäß § 13 BauGB dahin gehend abzuändern, dass zur planungsrechtlichen Sicherung der Ausgleichspflanzung auf städtischem Grundstück folgende textliche Festsetzung Nr. 5.2 getroffen wird:**

"5.2 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB sind 12 großkronige standortgerechte Laubbäume auf dem städtischen Weg "Lange Straße", Gemarkung Vrsasselt, Flur 7, Flurstück 81, im Abschnitt zwischen Hauptstraße und Kulfstraße anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten."

Der Rat beschließt des Weiteren, dass die Anregung betreffend grundbuchlicher Sicherung der Ausgleichsmaßnahmen mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

Zu 2)

Der Rat beschließt den vorliegenden Vertragsentwurf als städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB zum Bebauungsplan Nr. H 14/6 -Weidenstraße-.

Zu 3)

Der Rat beschließt den unter Punkt 1 abgeänderten Entwurf des Bebauungsplanes Nr. H 14/6 -Weidenstraße- mit der ergänzten Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

10 05 - 13 1581/2004 **Bebauungsplanverfahren Nr . EL 16/1 -Kosterstraße -;**
hier: 1) Aufstellungsbeschluss
2) Beschluss zur Bürgerbeteiligung

Mitglied Arntzen nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Herr Kemkes bezieht sich im wesentlichen auf die Vorlage. Es liegt ein Antrag vor, den Plus-Markt in Elten durch einen Neubau zu ersetzen. Aus städtebaulicher Sicht handelt es sich um ein nicht einfaches Vorhaben. Im Vorfeld hat es schon Überlegungen gegeben, wie die entstehende Baulücke kaschiert werden könnte, so dass der geschlossene Baucharakter entlang der Klosterstraße erhalten bleibt. Es wurde mit dem Büro MWM eine Gestaltungssatzung und Denkmalbereichssatzung erarbeitet und wesentlicher Tenor dieser Satzung war, dass der geschlossene Straßenraum erhalten bleibt. Es ging darum, geeignete Maßnahme zu finden, um diese Baulücke zu schließen. Im Vorfeld hat es mit dem Büro MWM Überlegungen gegeben, dort eine Mauer zu errichten. Weiter wurde angedacht, hinter der Mauer eine Baumreihe zu pflanzen. Eine vertiefende Gestaltung bleibt der weiteren Planung vorbehalten. Zunächst soll das nötige Planverfahren eingeleitet werden, um eine Bürgerbeteiligung und Beteiligung der öffentlichen Träger durchzuführen sowie die Abstimmung mit der Denkmalbehörde abzuschließen. Danach wird ein Bebauungsplanentwurfkonzept vorgestellt, welcher die vertiefende Details enthalten wird. Vorsitzender Diks teilt mit, dass es ursprünglich Überlegungen gegeben hat, diesen TOP abzusetzen. Den Fraktionen hat ein Brief des Verschönerungsvereins Elten vorgelegen, in dem der Verein zunächst gebeten hat, diesen TOP abzusetzen. Anschließend hat der Vorsitzende des Vereins sein Einverständnis gegeben, diesen TOP doch zu beraten, da in der Bürgerinformation alle Möglichkeiten gegeben sind, Änderungsvorschläge einzubringen. Mitglied Sickelmann stellt den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes, weil sie nicht der Meinung ist, mit diesem Vorschlag in die Bürgerbeteiligung zu gehen. Ihrer Meinung nach verstößt die Planung gegen alle Bemühungen, den Ortsteil Elten zu schützen und zu erhalten. Sie ist nicht bereit, Discounterarchitektur hinter einer Mauer und Bäumen zu verstecken. Sie hat sich seinerzeit dafür eingesetzt, das Gebäude neben der denkmalgeschützten Baronie im gleichen Stil zu bauen. Sie schlägt vor, den neuen Teil zu erhalten und den Markt so zu setzen, dass die Baulücke keine 27 m beträgt. Sollte in der Sitzung der vorgeschlagene Beschluss gefasst werden, kündigt sie Widerstand gegen die Planung an und stellt einen Vertagungsantrag.

Vorsitzender Diks teilt mit, falls Beratungsbedarf bestehen sollte, wird dem Vertagungsantrag stattgegeben. Weiter führt er aus, dass in der nächsten Zeit zwei weitere Sitzungen vorgesehen sind, in denen dieser TOP beraten werden könnte.

Mitglied Wernicke führt aus, dass es dem Wunsch der Eltener Bevölkerung entspricht, den Markt zu erhalten. Wahr ist auch, dass die Planung Discounterarchitektur darstellt. Die entstehende Lücke sollte geschlossen werden. Das bestehende Gebäude entspricht nicht der Denkmalbereichssatzung. Die vorgeschlagene Lösung mit der Mauer im vorderen Bereich ist unpassend. Folgende Forderung spricht er aus: 1. der Plus-Markt muss erhalten werden und 2. es muss eine Lösung gefunden werden, die mit der Denkmalbereichssatzung konform ist. Auch die Höhe muss sich den angrenzenden Gebäude anpassen.

Herr Kemkes erwidert, dass dieses Thema umfassend beraten und intensiv nach Lösungen gesucht wurde. Seitens des Antragstellers wurde als Hauptgrund die Verkehrssituation angeführt. Vor einigen Jahren wurde aufgrund der Verkehrssituation als Lösung eine rückwärtige Anbindung des Parkplatzes am Kindergarten vorbei zur Dr.-Robbers-Straße diskutiert. Dies wurde vom Kirchenvorstand des Kindergartens abgelehnt, weil die Verkehrsbelastung der Dr.-Robbers-Straße zu groß sei. Weiteres Problem für den Markt besteht darin, dass ein Grunderwerb von dem Nachbarn nicht zustande gekommen ist. Einen neuen Markt an der Straße zu bauen, würde das Parkplatzproblem nicht lösen.

Für Mitglied Jessner stellt sich die Frage, ob der Markt in Elten erhalten bleiben soll und dafür Ortskerngestaltung zurück zu stellen sei oder die Belange der Ortskerngestaltung vorrangig sein sollen und u. U. auf den Plus-Markt zu verzichten. Er spricht sich dafür aus, mit den Fragen in die Bürgerbeteiligung zu gehen.

Mitglied Struckhof schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und regt an, den Architekten zu beauftragen nach Alternativen zu suchen.

Mitglied ten Brink spricht sich dafür aus, der Bürgerbeteiligung zuzustimmen.

Mitglied Wernicke ist der Meinung, dass die Eltener Bürger zunächst zu dem Thema gehört werden müssen.

Vorsitzender Diks führt aus, dass jederzeit die Möglichkeit besteht, dieses Verfahren anzuhalten und alle eingeflossenen Änderungswünsche zu berücksichtigen. Aus diesem Grund spricht nichts dagegen, nach Verwaltungsvorlage zu beschließen. Andere Möglichkeit wäre, dem Vertagungsantrag von Mitglied Sickelmann zu folgen.

Mitglied Sickelmann möchte mit dem Vertagungsantrag erreichen, dass wenigstens 1 - 2 Alternativen den Bürgern angeboten werden. Von den Bürgern kann nicht erwartet werden, dass sie Änderungsvorschläge machen.

Mitglied Jessner geht davon aus, dass eine Bürgerbeteiligung mit denkbaren Varianten durchgeführt wird. Es sollte auch ein Vertreter der Fa. Plus eingeladen werden. Die vorliegende Planvariante soll nicht in die Bürgerbeteiligung gehen, sondern ein Aufstellungsbeschluss für die Änderung eines Bebauungsplanes mit möglichen Varianten, die die Verwaltung mit dem Architekten zu erarbeiten hat.

Vorsitzender Diks ergänzt die Aussage dahin gehend, dass vor der Bürgerbeteiligung Gespräche mit dem Verschönerungsverein geführt werden sollen.

Vorsitzender Diks stellt fest, dass der Vertagungsantrag von Mitglied Sickelmann von ihr in einen Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der Ergänzung zur Veränderung der Gestaltung im Ortsteil Elten umgewandelt wird.

Zu 1)

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB für den Bereich des Grundstückes Klosterstr. 20, Gemarkung Elten, Flur 16, Flurstücke 45, 136 und 137 tlw. einen Bebauungsplan aufzustellen.

Zu 2)

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, das vorliegende Bebauungsplankonzept im Rahmen einer Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, die als besondere Bürgerbeteiligung nach Punkt 3.2 der städtischen Richtlinien zur Bürgerbeteiligung durchzuführen ist, vorzustellen sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB zu veranlassen.

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung , mit anderen alternativen Überlegungen zunächst in die Bürgerbeteiligung zu gehen , um dann zu entscheiden , in welcher Form das Planverfahren weiter geführt werden soll .

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**11 06 - 13 1577/2004 Neubau eines Carports ;
hier: Eingabe an den Rat von Herrn Heinz Daams**

Mehrere Mitglieder stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**11a) Ausbau 's-Heerenberger Straße ;
hier: Bepflanzung am Kreisverkehr und Fällung der Bäume**

Mitglied Tepsaß teilt mit, dass in einer vorhergehenden Sitzung vom Vorsitzenden Diks angeregt wurde, den Kreisverkehr anders zu gestalten und zwar dergestalt, dass am Kreisverkehr eine Aufpflasterung von 0,90 bis 1,0 m angelegt werden sollte. Mitglied Tepsaß stellt fest, dass innerhalb des Kreisverkehrs 4 Bäume gepflanzt wurden. Ebenso sind an Schulwegübergängen Bäume gepflanzt worden.

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs berichtet, dass in einer Sitzung des Vergabeausschusses das Thema ausgiebig behandelt wurde. Herr Baumgärtner hat mehrere Vorschläge, basierend auf den Anregungen von Herrn Diks, unterbreitet. Der Vergabeausschuss hat einen dieser Vorschläge beschlossen.

Mitglied Tepsaß ist mit den Ausführungen von Herrn Dr. Wachs nicht einverstanden und weist darauf hin, dass der Bauausschuss davon hätte in Kenntnis gesetzt werden müssen. Vorsitzender Diks führt aus, dass im Bauausschuss eine Empfehlung an die Verwaltung gegeben wurde zu prüfen, ob sich Gärtner, ähnlich wie in den Niederlanden, gestalterisch verwirklichen können. Diese Prüfung ist zugesagt worden. Die Umsetzung hat mit der ursprünglichen Idee nichts zu tun.

Mitglied Jessner teilt mit, dass im Vergabeausschuss mehrere Vorschläge von Gärtnern vorlagen. Der Auftrag wurde an den günstigsten und von der Gestaltung passenden Anbieter vergeben. Des Weiteren spricht er das Thema Erhaltung der Bäume bei solchen Baumaßnahmen an. Hierzu sagt er aus, falls bei Planung solcher Baumaßnahmen erkennbar ist, dass Bäume nicht erhalten werden können, dies dem Ausschuss auch mitgeteilt wird.

Mitglied Wernicke zeigt sich über das Vorgehen sowohl verwundert als auch verärgert und führt aus, dass im ALU versichert wurde, dass die Bäume an der 's-Heerenberger Straße stehen bleiben können. Um so mehr verwunderte ihn der Dringlichkeitsbeschluss zum Fällen der Bäume. Weiter führt er aus, dass solches Vorgehen nicht zum ersten Mal vorkommt.

Er erinnert an Zusagen, Bäume am Großen Wall und auf dem Lohmangelände zu erhalten.

Dieses Vorgehen unterhöhlt die Baumschutzsatzung.

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs führt aus, dass das planende Büro nicht ausreichend überwacht wurde. Die Verwaltung sagt zu, sich mit dem Büro auseinander zu setzen. Er verwahrt sich gegen die Unterstellung, dass es sich um gewisse Taktik der Verwaltung handelt.

Vorsitzender Diks wirft ein, dass der Verwaltung auf gar kein Fall Absicht unterstellt werden kann.

Mitglied Wernicke geht davon aus, dass die Planer aus dem Haus hätten erkennen müssen, dass beim Baggern in einem Abstand von 1 m ein Baum nicht überleben kann.

12 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

1. Möbeldiscounter 's-Heerenberger Straße und Ostermeyerstraße
hier: Mitteilung von Herrn Runge

Herr Runge berichtet, dass für den Möbeldiscounter in der 's-Heerenberger Straße keine Nutzungsänderung erforderlich war, weil der Vorgänger, der ehemalige Tip-Markt, als Gebietsversorger eingestuft worden ist. Gebietsversorgung ist nicht nur auf Lebensmittel abgestellt.

Bei dem Möbelmarkt an der Ostermeyerstraße wurde festgestellt, dass die 5-%ige Fläche für andere Waren als Möbel, überschritten worden ist. Der Betreiber des Möbelmarktes teilte hierzu mit, dass seit 15 Jahren diese Fläche eingehalten wurde. Erst in der letzten Zeit wurde die Fläche erweitert und die Erweiterung ist notwendig, um den Markt dort erhalten zu können. Die Verwaltung wird die Situation bei der IHK prüfen und in der nächsten Sitzung das Ergebnis der Prüfung mitteilen.

Mitglied Sickelmann sagt aus, dass es sich um zentrumsschädliches Warensortiment handelt. Dieses Sortiment soll dem Innenstadtbereich vorbehalten bleiben.

2. Naturkunstwerk "Hüsch-Weide"
hier: Mitteilung von Herrn Dr. Wachs

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs teilt mit, dass Herr Driesen die Erlaubnis erteilt hat, dieses Kunstwerk vorläufig zu entfernen und auf dem Bauhof zwischen zu lagern. Weiter berichtet Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs von einem Schreiben des Herrn Driesen, in dem er auf die Bedeutung dieses Kunstwerkes hinweist und alle Ausschussmitglieder bittet, sich an der Aktion Bronze- oder Eisenguss zu beteiligen.

Anfragen

1. Müllgefäße in der Wollenweberstraße
hier: Anfrage von Mitglied Bongers

Mitglied Bongers fragt an, ob die Verwaltung mit einigen Hauseigentümern der Wollenweberstraße vereinbaren kann, dass die Müllgefäße auf der Rückseite der Häuser abgestellt werden. Die überquellenden Müllgefäße bieten keinen schönen Anblick. Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

Anmerkung der Verwaltung:

In der Sitzung vom 08.05.2001 des Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses hat die Verwaltung bereits eine Anfrage bezüglich der Abfallbehälter Wollenweberstr. 4 und 6 und der Königstraße beantwortet. Die damalige Stellungnahme der Verwaltung kann nochmals bestätigt werden. Es kommt im Stadtgebiet häufig vor, dass die Grundstückseigentümer ihre Abfallgefäße auf der öffentlichen Verkehrsfläche aufstellen. Bedingt durch die örtlichen Gegebenheiten, wie steile Treppen, ist es den Mietern bzw. Eigentümern nicht möglich, die Abfallbehälter aus dem Gebäude nach draußen zu transportieren. Dies trifft auch auf die Behälter in der Wollenweberstr. 11 – 15 zu. (Eine Kopie der Anmerkung der Verwaltung aus der Sitzung vom 06.02.2001 ist der Niederschrift beigelegt).

2. Metallschutz der Bäume an der Wollenweberstraße
hier: Anfrage von Mitglied Struckhof

Mitglied Struckhof berichtet, dass das Schutzgitter um die Bäume beschädigt werden, weil beim schlechten Wetter die Gitter schlecht sichtbar sind. Er bittet darum, dort größere Baken aufzustellen.

3. Vertrag zwischen der Stadt und den Stadtwerken bezüglich der Pflege der Laternen
hier: Anfrage von Mitglied Struckhof

Mitglied Struckhof möchte wissen, wie der Vertrag über die Pflege der Laternen mit den Stadtwerken geregelt ist. Weiter teilt er mit, dass die Caritas, Neuer Steinweg, mitgeteilt hat, dort ist eine Laterne derart verschmutzt, dass sie nicht leuchtet.

Erster Beigeordneter Herr Dr. Wachs erwidert, dass es einen Beleuchtungsvertrag zwischen der Stadt und den Stadtwerken gibt. Danach sind die Stadtwerken für die Erhaltung und den Betrieb der Leuchten zuständig. Die Verwaltung sagt Überprüfung zu.

4. Aufgerissene Straße auf dem Eltener Berg
hier: Anfrage von Mitglied Wernicke

Mitglied Wernicke fragt an, ob der Verwaltung bekannt ist, dass auf dem Eltenberg gebaggert wird, und ob die Linden gesichert werden.

Herr Kemkes erwidert, dass die Stadtwerke dort Arbeiten durchführen.

13 Einwohnerfragestunde

Ein betroffener Bürger fragt an, welche Alternativen es für die Bahnübergänge gibt. Vorsitzender Diks schlägt dem Bürger vor, einen Termin mit Herrn Kemkes zu vereinbaren, um eine ausführliche Darlegung zu erhalten.

Herr Kemkes berichtet, dass es bereits im Vorfeld Überlegungen gegeben hat, eine Planung zu betreiben, dass die ICE-Züge 200 km/h fahren könnten. Dies wurde ebenfalls in der Arbeitsgruppe diskutiert. Es wurde sich zunächst auf die vorgestellte Variante geeinigt, um die Reaktion der Bahn abzuwarten.

Des Weiteren wird für jede diskutierte Aufhebung der Bahnübergänge eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, in der auch alternative Lösungsmöglichkeiten untersucht werden.

Vorsitzender Diks ergänzt die Aussage, dass das Gesamtkonzept die Streckenführung von Praest bis Elten umfasst und sich auf 19 Bahnübergänge bezieht. Die Aufgabe des Ausschusses war zu sagen, an welcher Stelle Unter- oder Überführungen notwendig sind und welche Bahnübergänge entfallen sollen.

Auf eine entsprechende Anfrage von Herrn Bossmann führt Herr Kemkes aus, dass die Umfahrung eine alte Forderung der Stadt ist. Zu diesem Thema hat es Umweltverträglichkeits- und Machbarkeitsstudien gegeben, welche letztendlich an den Kosten gescheitert sind. Übrig geblieben ist der Bau eines dritten Gleises in Verbindung mit Lärmschutzanlagen an der vorhandenen Strecke. Diese Aussage ist sowohl mit der Bahn als auch mit dem Landes- und Bundesverkehrsministerium abgestimmt. Weiter führt Herr Kemkes aus, dass die geplante Trasse ab Hüthum ausscheren würde und um Elten herum geführt werden soll. Im Zuge dieser Maßnahme müssen dann auch die Querungsbauwerke erneuert werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Vorsitzender Diks die öffentliche Sitzung um 20.20 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführerin